

# Europäische Verfassung nicht aufgeben



Ingo Schmitt,  
MdEP

Nach Ansicht des Berliner Europaabgeordneten und CDU-Landesvorsitzenden Ingo Schmitt sollte der Ratifizierungsprozess in der Europäischen Union auch nach den ablehnenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden nicht gestoppt, sondern lediglich zeitlich gestreckt werden, so dass eine Atem- bzw. Denk-

pause entsteht. Von einer Krise kann nach Schmitts Einschätzung jedoch keine Rede sein. Es sei immer allen bewusst gewesen, dass es auf dem Weg zur europäischen Verfassung auch Schwierigkeiten geben könne.

Nun müsse man aus den Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden jedoch die richtigen Konsequenzen ziehen, sagt der CDU-Europapolitiker. „Europa muss endlich bürgernäher und

transparenter werden. Vieles geht den Menschen auch einfach zu schnell und zu weit in der EU“, so Schmitt. Insbesondere die rasante Fortführung des Erweiterungsprozesses wecke die Sorge bei den Bürgerinnen und Bürgern in Europa vor einer geographischen und kulturellen Überdehnung der EU.

Nach Schmitts Einschätzung trägt die rot-grüne Bundesregierung in hohem Maße Mitverantwortung an

der momentanen negativen Stimmung. Wider besseres Wissen hätten gerade Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer darauf gedrängt, Bulgarien und Rumänien bereits 2007 in die EU aufzunehmen, obwohl beide Länder die Beitrittsbedingungen bis dato nicht erfüllen und mit der Türkei bereits im Oktober 2005 Verhandlungen mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft beginnen, stellt Schmitt fest.

## „Ein letztes Basta“

So beschrieb „Die Welt“ das sich zuspitzende Chaos der noch amtierenden Bundesregierung. Auch die anderen Tageszeitungen beschreiben das Ende des rot-grünen Politikversuchs:

„Zerstörerischer Auflösungsprozess.“  
**die tageszeitung**

„Drunter und drüber. Mit Gegacker und Gezeter und wilden Gerüchten verprellt sie die Wähler.“

**Financial Times Deutschland**

„In diesem Jahr haben die Sozialdemokraten den Prozess der innerparteilichen Erosion hinter sich gebracht, sie sind jetzt ins Stadium des Zerfalls eingetreten.“

**Süddeutsche Zeitung**

„Kraftlos in den Wahlkampf.“

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**

„Ein Hühnerhaufen ist ein streng organisierter Verein im Vergleich zu dem, was die SPD-Spitze derzeit darstellt.“ **Leipziger Volkszeitung**

„In der SPD läuft mittlerweile so viel auseinander, dass die Dinge sich schon noch in Richtung einer echten Vertrauenskrise entwickeln werden.“

**Hannoversche Allgemeine Zeitung**

„Wimmelnde Teilchen im Vakuum. Die SPD steht geschlossen neben sich. [...] Die deutsche Sozialdemokratie ist zu einem riesigen Spielplatz der Quantenfluktuation geworden.“ **Berliner Zeitung**

„Schröders Ohnmachtwort. [...] Die SPD ist nur noch ein hysterischer Haufen.“

**Berliner Zeitung**

## Rot-grüne Götterdämmerung Beförderungswelle kurz vor Schluss

**Blitz-Beförderungen trotz leerer Staatskassen: Kurz vor den geplanten Neuwahlen versuchen rote und grüne Minister noch schnell, ihre engen Mitarbeiter in gut bezahlte Spitzenfunktionen zu hieven. Die Kosten dafür trägt wieder einmal der Steuerzahler!**

Insgesamt sollen vor der Sommerpause noch mehr als 140

Beförderungen durchgezogen werden. Die größte Beförderungswelle rollt durch das Gesundheits- und Sozialministerium von Ulla Schmidt (SPD). Allein hier stehen 127 Beförderungen und eine große Neuorganisation an. So soll z.B. eine neue Planungsabteilung geschaffen werden – mit lukrativen, hoch dotierten Posten. Auch die Minister Renate Künast (Grüne), Wolfgang Clement (SPD), Hans Eichel (SPD) und Peter Struck (SPD) versuchen, poli-

tisch treue Mitarbeiter vor einem möglichen Regierungswechsel noch in aller Eile mit Gehaltssteigerungen von bis zu 30 Prozent zu „versorgen“.

Dass in der rot-grünen Regierung längst Torschlusspanik herrscht, zeigt die Reaktion von Ulla Schmidt: Die Ministerin sorgte dafür, dass ein Gericht der BILD-Zeitung untersagte, die Massenbeförderungen mit der geplanten Neuwahl in Verbindung zu bringen. Doch wenn an der Sache nichts

dran ist, warum versucht Frau Schmidt dann, die unliebsame Berichterstattung zu verbieten? Eines steht jedenfalls fest: Ein Beförderungsstopp für Spitzenpositionen bis zum Herbst und mehr Zurückhaltung hätte Rot-Grün gut angestanden. So bleibt der schale Beigeschmack der parteipolitischen Begünstigung. Die Union hat deshalb im Bundestag eine vollständige Liste der geplanten Beförderungen in Top-Positionen angefordert. Auch der Bund der Steuerzahler fordert eine Überprüfung.

